



Datum: 18. Juni 2022

Ricarda Lang, Co-Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Geuther: Frau Lang, Sie sind heute Nacht aus dem hessischen Bad Vilbel zurückgekommen. Ihre Partei, der Länderrat, das heißt eine Art kleiner Parteitag, hat gestern den ganzen Tag intensiv und teils wirklich emotional über die europäische Flüchtlingspolitik diskutiert. Die Delegierten haben mit großer Mehrheit Nachbesserungen verlangt, von denen – muss man sagen – allerdings recht fraglich ist, ob es die geben wird. Wie tief sind nach wie vor die Risse in Ihrer Partei?

Lang: Ich habe da gestern eine inhaltlich zerrissene Partei gesehen, aber in keinster Weise eine gesplattene. Wenn ich mir überlege, was ich in den letzten Wochen und vor allem in der letzten Woche so auch über unsere Partei gehört habe – jetzt gibt es wieder den Flügelkrieg, jetzt fällt man zurück in alte Gräben, jetzt fällt man zurück in alte Zeiten – wenn ich mir die Debatte anschau, wir haben uns gestern viel Zeit genommen, um gerade über das Thema europäische Asylpolitik zu diskutieren, dann habe ich da keine alten Schablonen gesehen von den einen, die die Werte gepachtet haben und die anderen, die reale Politik machen. So eine Partei, die eine verdammt komplizierte und schwierige Debatte führt, weil es ja nicht einfach ist, die Frage, in einem Europa, wo die meisten Mitgliedsstaaten eine deutlich restriktivere Position haben als wir bei der Asylpolitik, wie man dort eine Politik der Humanität, der Ordnung durchsetzen soll, das ist eine verdammt schwierige Frage. Und ich bin eigentlich stolz darauf, dass wir uns als Partei das auch nicht leichtmachen.

Geuther: Es ging ja um eine Abstimmung der europäischen Innenminister zum gemeinsamen europäischen Asylsystem, GEAS, mit zum Beispiel Schnellverfahren an der EU-Außengrenze für bestimmte Gruppen, samt befürchteter haftähnlicher Zustände mit weiteren deutlichen Verschärfungen. Und es waren ja grüne Regierungsmitglieder, die ihre Zustimmung gegeben haben, allen voran Außenministerin Annalena Baerbock. Sie sagen jetzt, Sie haben keine zerrissene Partei erlebt, aber hat sie da grüne Ideale verraten?

Lang: Wir haben ja gestern noch mal als Partei, ist ja klar, Position bezogen zu diesem Beschluss des EU-Innenministerrats, den er geht tatsächlich auch mit substanziellen Asylrechtsverschärfungen einher, da auf der einen Seite es verbindliche Grenzverfahren geben soll, für alle, auch ohne Ausnahmen für Kinder und Familien und auf der anderen Seite die Verbesserungen, wie der Verteilmechanismus, eben nicht verpflichtend sind, sondern ein Ziel gesetzt ist, was ein Fortschritt ist, aber es nicht wirklich verpflichtend geregelt ist. Und da haben wir als Partei schon noch mal, ist ja klar, gesagt, dass wir diese Asylrechtsverschärfung als solche falsch finden. Und trotzdem, ich glaube, das haben gestern auch verschiedenste Menschen, egal, ob sie den Kompromiss eher in der Abwägung

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 1

befürwortet oder in der Abwägung abgelehnt haben, wissen alle, wer sich für die Verbesserung, die es aufgrund der deutschen Position gibt, eingesetzt hat. Dass das Annalena Baerbock war, und dass sie da für uns und auch für unsere grünen Positionen gekämpft hat.

Geuther: Jetzt haben die ganz konkreten Verhandlungen in dieser Frage erst in den Wochen vor der Abstimmung, die ja in der vergangenen Woche erst war, Fahrt aufgenommen, aber angekündigt hatte sich die Linie unter anderem mit den Plänen der Kommission und anderen mehr über viele Monate. Von den Grünen war dazu lange so gut wie gar nichts zu hören. Hatten Sie gehofft, das aussitzen zu können? Oder hatten Sie die Sprengkraft dieses Themas für Ihre Partei einfach unterschätzt?

Lang: Das wäre tatsächlich auch, was ich mitnehmen würde aus den letzten Wochen, dass wir, glaube ich, bei diesem Thema den Anspruch auf gesellschaftliche Mehrheiten, auf Hegemonie nicht aufgeben dürfen und dafür noch stärker einsteigen müssen. Das heißt, das, was wir gestern beschlossen haben auf unserem Parteitag, wäre für mich auch ein Auftrag an die Partei. Ein Auftrag an die Partei natürlich, das steht ganz klar drin im Beschluss, dass wir jetzt im Europäischen Parlament auch mit der Bundesregierung an Verbesserungen arbeiten. Es gibt jetzt noch das sogenannte Trilog-Verfahren. Also, da kommen das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission zusammen. Und dass wir uns dort einsetzen, zum Beispiel, dass es mehr Verpflichtungen gibt bei der Verteilung, dass es eine Ausnahme gibt für Kinder und Familien. Und gleichzeitig treibt das Thema Migration und Asyl uns ja auch hier national um. Und wir merken natürlich an verschiedenen Stellen, dass es weder in der Bundesregierung, geschweige denn in Europa gerade wirkliche Mehrheiten für eine humane Flüchtlingspolitik gibt. Und ich glaube, das ist auch ein Auftrag, den man aus gestern mitnehmen kann. Daran müssen wir arbeiten, stärker in dieses Thema einsteigen, mit Menschen ins Gespräch kommen, überzeugen, BündnispartnerInnen suchen.

Geuther: Na, es geht ja erst mal nicht nur um die Gesellschaft. Das ist natürlich für die Partei letztlich ihr größter Anspruch. Aber es geht ja auch um die Partei selbst. Die Grünen mussten ja schon viele schwierige Kompromisse verkraften, seit sie regieren. Ihr Co-Parteichef Omid Nouripour und Sie haben da immer versucht, böse gesagt, die Partei auf Linie zu bringen, positiv gewendet zu überzeugen. Diesmal war das Gegenteil der Fall. Es gab wütenden Protest aus der Basis. Sie schienen überrumpelt. Omid Nouripour hat die Zustimmung verteidigt. Sie waren dagegen. Dasselbe gilt bei den Fraktionsvorsitzenden. Das sieht nicht nach strategischer Planung aus.

Lang: Also, erst mal würde ich sagen, dass es nicht an erster Stelle um unsere Partei ging. Ich finde, das hat Aminata Touré in ihrer Rede gestern sehr gut gesagt auf dem Parteitag, dass wir bei allen Fragen über eigene Geschlossenheit und eigene Strategie niemals aus dem Blick verlieren dürfen, um wen es wirklich geht – um Menschen, die hier in Europa ankommen,

um Menschen, die hier Schutz suchen und um Menschen, deren Schutz auch unsere Verantwortung ist. Und das war für mich am Ende auch der entscheidende Punkt. Natürlich kann man als Parteivorsitzende in so einer Situation, wo so eine Entscheidung getroffen wird, sagen: Na ja, Kompromisse gehören halt dazu zum Regieren und Hauptsache, unsere Partei ist geschlossen. Und ich glaube, mir musste nach den letzten anderthalb Jahren niemand erzählen, dass Kompromisse Teil des Regierens sind. Ich habe mich bei Lützerath auf die Bühne gestellt, beim Atomkompromiss, immer da, wo ich davon überzeugt war. Aber ich glaube, zur Glaubwürdigkeit gehört dann auch dazu, zu sagen, wenn ein Kompromiss die eigenen Anforderungen nicht erfüllt und dann auch diese unterschiedlichen Positionen nicht einfach unter den Teppich zu kehren, hinter einem irgendwie komplett schwammigen Formelkompromiss zu verstecken, das wäre, ehrlich gesagt, der Debatte überhaupt nicht gerecht geworden, auch der Tatsache, was diese Debatte für Menschen bedeutet, die hier Schutz suchen. Deshalb finde ich es nach wie vor richtig, dass wir hier auch die unterschiedlichen Positionen klargemacht haben. Und trotzdem haben wir uns am Ende entschieden, ja, wir streiten da gemeinsam, wir diskutieren gemeinsam, aber wir gehen jetzt auch gemeinsam nach vorne. Wir kämpfen gemeinsam, denn die Gegner, die sitzen nicht bei Bündnis 90/Die Grünen. Die sitzen dort, wo Menschen die Genfer Flüchtlingskonvention offensiv infrage stellen. Die sitzen dort, wo jetzt Ungarn, Polen sich hinstellen und sagen, dieser Vorschlag von der GEAS-Reform sei noch viel zu human und das noch, noch viel weiter verschlechtern wollen. Und deshalb glaube ich, ist es wichtig, dass wir am Ende jetzt auch Diskussionen führen, aber auch zusammenkommen und gemeinsam kämpfen.

Geuther: Und dabei über Kompromisse entscheiden. Heute reist Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach Tunesien, wegen der Migration über das Land, um Vereinbarungen mit dem Staat zu erreichen, der sich immer autoritärer entwickelt. Zu wie vielen Kompromissen sind die Grünen da bereit?

Lang: Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass ein Mittel unserer Migrationspolitik auch sogenannte Migrationsabkommen sein sollen, also dass man sagt, wenn die Menschen nicht hier bleiben können, also wenn sie keinen Anspruch auf ein Recht haben zu bleiben und auch der Rechtsweg durchgeklagt ist und es um Rückführung geht, dass die Staaten wieder aufnehmen und gleichzeitig legale Wege der Migration geschaffen werden, also zum Beispiel der Arbeitsmigration. Und das finde ich auch nach wie vor ein sinnvolles Instrument, weil man so auch zu viel geordneteren Verfahren kommt. Aber man muss auch sagen, das hängt natürlich massiv von der Menschenrechtssituation und der Lage der Demokratie in diesen Ländern ab. Und da habe ich bei Tunesien riesige Zweifel. Wenn ich mir anschau, wie sich dieses Land innerhalb der letzten Jahre entwickelt hat, dann ist das ja immer weiter weg von Rechtsstaatlichkeit, von Menschenrechten, von Demokratie. Und deshalb sehe ich gerade noch nicht, wie hier ein Abkommen aussehen sollte, das irgendwas dann am Ende auch mit menschenrechtlichen Standards zu tun hat.

Geuther: Was heißt das für Ihren Umgang in der Koalition damit?

Lang: Das werden wir diskutieren müssen in der Koalition. Aber wie gesagt, für uns war immer klar, dass diese Abkommen gekoppelt sind an menschenrechtliche Standards. Im Moment sehe ich nicht, wie das bei Tunesien der Fall sein soll.

Geuther: Sie hören das Interview der Woche live im Deutschlandfunk mit der grünen Co-Parteivorsitzenden Ricarda Lang. Frau Lang, das Thema Asyl- und Flüchtlingsrecht spielt nicht nur in Europa. Sie haben es eben selber gesagt, in Deutschland stehen eine ganze Reihe von Entscheidungen über Verschärfungen an. Müssen Sie in der Koalition jetzt erst recht dagegenhalten, nach der Vorgeschichte auch gestern auf dem Länderrat, um die Partei zu beruhigen?

Lang: Auch hier wiederum: Ich hoffe, dass ich meine Politik, und ich hoffe, das wird in Zukunft auch so bleiben, nicht in erster Linie von der Gemütslage unserer Partei abhängig mache, sondern von dem, was richtig und was in der Realität funktioniert. Und da muss man sagen, dass die GEAS-Reform ja in den letzten Wochen, wenn ich zum Beispiel an Nancy Faeser denke, auch häufig als Argument genutzt wurde, wir müssen die Kommunen entlasten. Das habe ich, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen können, denn wir haben viele Kommunen, die im Moment massiv überfordert sind. Wir haben Kommunen, die Unfassbares geleistet haben im letzten Jahr, die viele, viele Menschen, vor allem aus der Ukraine, aufgenommen haben, die jetzt aber auch wirklich auf dem Zahnfleisch gehen. Jetzt reden wir aber über eine Reform, die – jetzt mal unabhängig davon, wie man zu ihr steht – frühestens in zwei bis drei Jahren Wirkung entfalten wird. Das Problem ist aber jetzt da. Und deshalb werden wir uns dafür einsetzen, auch innerhalb der Bundesregierung, dass wir reale Lösungen finden für die Probleme, die wirklich da sind. Und für mich wären das drei Dinge. Das ist einmal eine bessere Finanzierung der Kommunen. Man hat sich in der letzten Ministerpräsidentenkonferenz auf eine Milliarde geeinigt. Das ist aber erst mal eine kurzfristige Lösung. Ich glaube, wir sollten uns jetzt nicht von kurzfristiger Lösung zu kurzfristiger Lösung hangeln, sondern wir brauchen eine dauerhafte Perspektive für die Kommunen. Das sind zweitens die schnelleren Verfahren und das ist drittens eine Integrationsoffensive, über die gerade noch nicht so viel gesprochen wird, aber wenn wir uns anschauen, wir haben einen massiven Fachkräftemangel in diesem Land. Überall fehlen Stellen. Restaurants, die nicht mehr aufmachen, Tankstellen, die niemanden mehr finden, unterschiedlichste Bereiche. Und wir haben gleichzeitig Menschen, die hier sind, die arbeiten wollen und das aber nicht können. Und da würde ich mich zum Beispiel der Forderung des Städte- und Gemeindetages sehr anschließen, jetzt sofort Arbeitsverbote für Flüchtlinge aufheben und Abschlüsse anerkennen.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 4

Geuther: Sie haben die Ministerpräsidentenkonferenz angesprochen. Da ging es ja durchaus auch um anderes. Da ging es zum Teil auch um Verschärfungen. Auch der Kanzler hat sich im Mai positioniert. Die Regeln für die Abschiebehaft sollen verschärft werden, ein Verstoß gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote soll ein eigenständiger Haftgrund außerhalb der Fluchtgefahr sein und vieles mehr. Wie hart werden da die Auseinandersetzungen in der Koalition?

Lang: Das kommt jetzt auf uns zu, vor allem in den Verhandlungen rund um das Migrationspaket zwei, das für den Herbst ansteht. Und ich glaube, da werden wir noch einige harte Debatten vor uns haben. Denn wie gesagt, ich glaube, Politik sollte sich immer an der Realität ausrichten, dann aber am Ende auch nicht nur möglichst hart klingen, sondern in dieser Realität auch tatsächlich helfen. Und da gibt es im Migrationspaket einzelne Aspekte, die das auf jeden Fall auch tun. Wie gesagt, gerade schnellere Verfahren entlasten und helfen am Ende ja auch denen, die eine klare, sichere Perspektive brauchen. Aber da sind auch Dinge drin, wenn ich mir die Abschiebehaft anschau, da ist das letzte Wort auf jeden Fall noch nicht gesprochen. Und wie gesagt, die positiven Aspekte, was mehr Integration, was mehr Möglichkeiten angeht, die fehlen im Moment noch komplett. Also, da werden wir noch einiges zu verhandeln haben in der Koalition.

Geuther: Und wenn wir noch mal auf den gestrigen Länderrat schauen, das sollte ja eigentlich ein Parteitag sein zur Unterstützung der Landtagswahl in Hessen im Oktober. Sie wollen mit Tarek Al Wazir den Ministerpräsidenten stellen. Auch in Bayern wird im Oktober gewählt und Sie vertiefen jetzt mit der Migration ein Thema, in dem die grüne Position nicht mehrheitsfähig ist.

Lang: Na ja, also, ich glaube, dass es eigentlich ganz gut ist, dass wir weg sind, oder dass wir als Partei nicht eine Politik betreiben, wie sie vielleicht in den letzten Jahren manchmal zu viel betrieben wurde, die so ein Motto hat von „nach mir die Sintflut, wir schauen ausschließlich auf die Umfragewerte, wir schauen ausschließlich auf die nächsten Landtagswahlen“. Ich muss jetzt, glaube ich, keinen Hehl daraus machen, dass ich als Parteivorsitzende auch auf Umfragewerte schaue, sonst wäre ich wahrscheinlich auch falsch in meinem Job, aber diese Ausschließlichkeit, das „Was kommt in den nächsten zwei, drei Monaten gut an“ und alleine daran die Politik auszumessen, das ist ja so ein bisschen, ich glaube, Merkel hat das genannt „die Politik des Möglichen“. Also, ich gehe von feststehenden Mehrheiten in der Gesellschaft aus und richte mich dauerhaft danach aus, statt eine Politik des Möglichmachens, also auch zu schauen, wie können wir denn politische Mehrheiten verschieben, wie können wir Leute überzeugen. Und dass das möglich ist, das haben wir ja auch letztes Jahr gesehen, wo so viele Menschen ihre Türen und Tore, ihre Herzen, ihre Wohnungen geöffnet haben für Leute aus der Ukraine, die hier angekommen sind und Schutz gesucht haben. Und gleichzeitig war das gestern aus meiner Sicht – und das

hat ja Tarek Al Wazir zum Abschluss des Parteitages auch noch mal gesagt – eine große Unterstützung für den Wahlkampf in Hessen. Denn wir haben gezeigt als Partei, wir führen schwierige Debatten, wir stehen am Ende aber zusammen und vor allem übernehmen wir Verantwortung. Wir ducken uns nicht weg vor Verantwortung. Und ich glaube, das hat sich durch den ganzen Parteitag durchgezogen, auch durch unseren ersten Tagesordnungspunkt, wo wir vor allem über klimaneutralen Wohlstand und gute Arbeit gesprochen haben. Ein Thema, das mich mit am meisten umtreibt, wo ganz klar war, wir Grüne gehen jetzt nicht zurück in die Nische, wir verhärten nicht, sondern wir greifen genau jetzt aus. Wir kämpfen um diese Mehrheiten, auch da, wo es Gegenwind gibt.

Geuther: Klimaneutraler Wohlstand und Mehrheiten – bleiben wir dabei und schauen auf ein anderes Thema. Die Grünen haben in den vergangenen Wochen massiv an Zustimmung verloren. Und das hat mindestens auch mit der Wärmewende zu tun, mit dem Gebäudeenergiegesetz und den Vorschriften für neue Heizungen. Was haben sie falsch gemacht?

Lang: Ich glaube, erst mal haben wir erlebt, dass das Thema für viele Leute plötzlich wie Kai aus der Kiste kam. Was natürlich auf der einen Seite faszinierend ist, denn ich erinnere mich sehr gut daran, wie ich das ... vor ungefähr einem Jahr hatten wir einen Koalitionsausschuss. Danach habe ich mit Christian Lindner und Lars Klingbeil die Ergebnisse vorgestellt. Wir haben damals das Vorziehen der Wärmewende, also sozusagen kein neuer Einbau von Öl- und Gasheizungen ab 2024 vorgestellt. Das war in einer Zeit, wo alle darüber gesprochen haben, wie werden wir möglichst schnell unabhängig von Putins Gas, wo alle gespürt haben, wie verwundbar, sowohl sicherheitspolitisch als auch sozialpolitisch, uns eigentlich diese Abhängigkeit von fossiler Energie gemacht hat. Dann ist das Thema ein bisschen in den Hintergrund getreten und ich glaube, für viele Leute kam es jetzt in diesem Jahr wieder überraschend. Und es ist natürlich ein Thema, das sehr viel stärker in den privaten Raum eingreift, als jetzt vielleicht das Thema, ob ein Windrad aufgebaut wird, ein paar Kilometer entfernt von meinem Haus. Da ist natürlich diese Frage, was steht bei mir im Keller, wie heize ich mein Haus, eine, die die Leute sehr viel unmittelbarer wahrnehmen. Und da entstehen Fragen. Wie kann ich das bezahlen? Wie kann das funktionieren? Und ich glaube, wir Grüne sind sehr gut daran beraten, diese Fragen nicht abzuwehren, nicht zu sagen, was wollt ihr denn, sondern wirklich konkrete Antworten darauf zu geben. Und das heißt, zwei Dinge, die ich auch für mich mitnehmen würde aus dieser Debatte. Erstens hätten wir es, glaube ich, sehr viel früher auch als eine Debatte rund um Verbraucherschutz führen sollen. Denn am Ende geht es darum: Wie verhindern wir, dass Leute jetzt noch in eine Kostenfalle reinlaufen, denn Gas- und Ölheizungen werden in den nächsten Jahren teurer werden, nicht im Einbau, sondern vor allem dann wirklich auch das Gas und Öl wird teurer werden. Und Zweitens – und da hoffe ich auch, dass wir jetzt noch vorankommen im Deutschen

Bundestag – die soziale Frage muss immer am Anfang stehen, die Frage, wie viel kostet das und wie kann ich das bezahlen.

Geuther: Da kommen wir gleich noch drauf. Aber tatsächlich, in der Kommunikation kamen die Grünen wieder als das rüber, was sie lange vermeiden wollten, als Verbotspartei, die anderen Vorschriften macht, die den eigenen Lebensstil anderen vorschreiben will. Wie viel Schuld trifft Sie selbst daran?

Lang: Ich finde es ganz spannend, dass das jetzt zu einer Lebensstildebatte gemacht wird, denn am Ende ist es eine zutiefst materielle Frage. Wie können wir eigentlich in dem Rahmen, den uns der Planet gibt und den uns auch ein Pariser Klimaabkommen, den uns unser eigenes Ziel, Klimaneutralität 2045, das ja von allen demokratischen Parteien unterstützt wurde, wie können wir in diesem Rahmen dafür sorgen, dass Menschen sichere, bezahlbare Wärme haben? Und was wir aber erlebt haben in den letzten Wochen, ist, dass solche wirtschaftlichen, ökonomischen und auch sozialen Fragen plötzlich zu rechten Kulturkampfthemen wurden oder insgesamt einfach zu Kulturkampfthemen und auch zu identitären Fragen über Lebensstile. Und jetzt muss man natürlich analysieren: Woher kommt das eigentlich? Und ich glaube, da tragen verschiedene Seiten Verantwortung. Einmal haben wir es als Regierung nicht geschafft, bei diesen sozialen und wirtschaftlichen Fragen genug Sicherheit zu geben, den Leuten klar zu sagen, das ist der Plan, so wirst du entlastet, das hast du am Ende auch davon. Und das liegt natürlich auch daran, dass wir sehr viel untereinander gestritten haben, wenig über die Lösung und viel übereinander geredet haben. Das heißt, das ist, glaube ich, eine ganz klare Aufgabe auch für uns als Grüne in der Regierung. Wir müssen soziale Sicherheit schaffen, bei der sozialen Gerechtigkeit vorangehen. Und gleichzeitig erleben wir natürlich, dass viele konservative Parteien genau diesen Kulturkampf im Moment ... oder nicht viele, sondern vor allem natürlich die Union, diesen Kulturkampf aufnehmen, befeuern und damit, glaube ich, am Ende nicht sich selbst stärken, sondern eher die Populisten am Rand rechts außen. Und deshalb hoffe ich sehr, dass wir wieder davon wegkommen können, ich sehe da auch unseren eigenen Anteil, das hinzubekommen. Wir Grüne müssen auf die soziale Frage schauen. Wir müssen uns aufs Wesentliche konzentrieren, uns nicht in Details verlieren, müssen immer wieder klarmachen, bei Klimaschutz geht es nicht um Kulturkampf, sondern es geht eigentlich um Wohlstand, um Infrastruktur, um gute Jobs.

Geuther: Jetzt haben Sie schon die Zeit angesprochen, in der es vor allem darum ging, die Reaktion auf den russischen Angriffskrieg zu erklären, Sorgen um Energiesicherheit zu nehmen. Da galt Wirtschaftsminister Robert Habeck ja lange als der, der auch schwierige Entscheidungen erklären kann. Jetzt sieht das eben zum Teil anders aus. Ist es vielleicht so, dass die Grünen ihre Politik besonders gut erklären können und besonders viel Zustimmung dafür bekommen, wenn sie nicht besonders grüne Politik machen?

Lang: Ich würde sagen, wir haben im letzten Jahr sehr viele grüne Projekte vorangebracht, sehr viel grüne Politik gemacht. Wenn ich daran denke, der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der schneller geht, als wir es uns noch in unserem eigenen Wahlprogramm hätten vorstellen können, weil man natürlich auch plötzlich eine Situation hatte, wo alle gesehen haben, die Freiheitsenergien, die Unabhängigkeitsenergien, das macht uns sicherer, das macht uns resilienter, das macht uns am Ende auch stärker als Europa und als Deutschland. Und gleichzeitig haben wir viele Entscheidungen getroffen, die ich mir wahrscheinlich nicht hätte vorstellen können vor zwei Jahren. Und ja, ich glaube, das wird sehr hoch angerechnet von den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist auch mir in vielen Gesprächen begegnet, dass Menschen gesagt haben: Na ja, das ist eine Situation, wo plötzlich die Realität komplett auf dem Kopf steht, wo wir einen Angriffskrieg auf europäischem Boden haben. Man muss natürlich sagen, ich neige auch manchmal dazu zu sagen, die Realität war von heute auf morgen eine andere. Das stimmt natürlich für die Menschen, die in der Ukraine leben, so nicht. Der Krieg hat schon weit begonnen vor dem Februar des letzten Jahres. Aber die Intensität, und dass es wirklich diese Form des Angriffskrieges gab, war etwas Neues. Die Realität war auf den Kopf gestellt. Und es ist, glaube ich, eine Stärke zu sagen, na, ich stelle mich nicht hin und sage, auf Seite 347 des grünen Wahlprogramms steht aber das und das, sondern ich mache Politik für die Realität, die da ist und nicht für die, die ich mir gewünscht habe. Und gleichzeitig, und das muss, glaube ich, grüne Politik in so einer Zeit schaffen, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Denn natürlich hätte man sagen können, wir machen jetzt nur noch Krisenmanagement und wir kümmern uns nicht um die Wärmewende. Wir kümmern uns nicht um den Klimaschutz, wir kümmern uns nicht darum, wie wir dauerhaft unabhängig werden von Energien. Damit würden wir aber die nächste Krise sofort wieder in Kauf nehmen. Dann straucheln wir ja nur noch von Krise zu Krise. Das heißt, das Thema Resilienz und Vorsorge, das ist doch das Zentrale, in der Krise pragmatisch reagieren und gleichzeitig vorzusorgen für die Zukunft. Und beides kriegen wir Grüne, glaube ich, insgesamt ganz gut hin zusammen.

Geuther: Zu der Frage, was gerade hier konkret hingekriegt wird, noch mal zum Gebäudeenergiegesetz. Sie haben es angesprochen, die Frage des sozialen Ausgleichs. Wie soll verhindert werden, dass Einzelne überfordert werden. Ich weiß, die Grünen hatten da oder haben da eigene Vorstellungen. Aber im Einigungspapier steht jetzt, man wolle, Zitat „möglichst passgenau die einzelnen Bedürfnislagen und soziale Härten bis in die Mitte der Gesellschaft berücksichtigen“. Das ist so ein Satz, den können sicherlich alle unterschreiben. Wie hart werden hier die Auseinandersetzungen, aber vor allem wie kann es sein, dass man so lange über dieses Gesetz streitet, ja auch immer mit der Überschrift „Überlastung des Einzelnen“ und hier überhaupt keine Einigung hinkriegt?

Lang: Um ehrlich zu sein, bin ich da auch manchmal etwas überrascht, gerade wenn ich unsere Koalitionspartner der FDP anschau, dass auf der einen Seite ja so wahnsinnig stark auf die Sorgen und Ängste der BürgerInnen hingewiesen wird und auf der anderen Seite – und ich hoffe, das wird sich jetzt im parlamentarischen Verfahren in den nächsten zwei Wochen noch ändern – sehr zurückhaltend reagiert wird, wenn es darum geht, was kann man denn konkret tun, um diese Sorgen und Ängste aufzufangen. Und das ist eben der soziale Ausgleich. Ich hätte mir auch – und ich weiß, dass das für unsere grünen Verhandlerinnen umso mehr gilt, gewünscht, dass man da jetzt schon bei einer Einigung ist. Aber ich bin mir ganz klar, wir werden da zu einer Lösung kommen im parlamentarischen Verfahren, vor der Sommerpause, wenn das Gesetz abgeschlossen wird. Und wir als Grüne werden uns dafür einsetzen, dass es sozial gestaffelt ist, also, dass diejenigen, die wenig Geld haben, ich denke an eine Rentnerin, die eine kleine Rente hat, ich denke an eine Familie, für die der Hauskauf wirklich sozusagen, wo man dafür alles zusammenziehen musste, dass die dann wirklich viel Unterstützung bekommen, dass am Ende eine Wärmepumpe auch heute schon – ich glaube, in Zukunft werden sie eh billiger werden –, aber auch heute schon nicht teurer ist als eine Gasheizung und gleichzeitig die, die sehr viel Geld haben, weniger bekommen. Denn, wenn ein Millionär sich jetzt eine Wärmepumpe einbaut, die eine gute Zukunftsinvestition ist, die zu guten Preisen in der Zukunft führt, dann sehe ich nicht, warum der Staat das finanzieren muss.

Geuther: Jetzt ist dieses Heizungsthema und auch der Streit in der Koalition als solcher, sind das Punkte, die polarisieren, vor allem im Osten, während die AfD massiv Zulauf hat. Wie viel Verantwortung dafür trifft die Grünen?

Lang: Ich fand es manchmal ein bisschen schade in dieser Debatte in den letzten Wochen, dass man das Gefühl hatte, es war viel Fingerzeigen aufeinander und viel „die sind schuld, die sind schuld“. Die Opposition sagt, das ist die Ampelregierung. Die Ampelregierung sagt, es ist die Opposition, die machen das und das. Und ich habe es ja vorher schon gesagt, ich glaube, da, wo es einen rechten Kulturkampf um wirtschaftliche und soziale Themen gibt, da profitiert davon vor allem die Alternative für Deutschland. Da profitieren davon in anderen Ländern ja auch rechtspopulistische Parteien. Um dem entgegenzuwirken, darf dieser Kulturkampf eben nicht bedient werden von konservativer Seite und muss gleichzeitig die Regierung, und damit auch wir Grüne, die notwendige Sicherheit bei materiellen, bei, ja, sozialen Themen schaffen. Und ich fand es ganz spannend, ich war jetzt vor zwei, mittlerweile, glaube ich, drei Wochen in den USA, wo gerade der Inflation Reduction Act vorangebracht wird. Und die Debatte um Klimaschutz dort ist, ich glaube, auch als Reaktion natürlich auf eine Situation, wo die große, ehemals konservative Partei mittlerweile zu großen Teilen aus Rechtspopulisten besteht, ist eine ganz andere, als wir sie hier erleben. Dort fällt das Wort Klima eigentlich gar nicht so oft, sondern es wird tatsächlich gesprochen über Wohlstand, über Infrastruktur und über gute Jobs. Joe Biden hat gesagt: „When I hear

climate, I hear Jobs.“ Also, wenn ich Klima höre, dann höre ich Jobs. Und ich glaube, das ist eine Perspektive, die wir gerade auch mit Blick auf den Osten voranstellen müssen. Denn der Osten hat schon heute mit den Erneuerbaren Energien eigentlich einen riesengroßen Standortvorteil. Es gab viele Firmen in den letzten Jahren, in den letzten Monaten auch noch mal, die gesagt haben, wir gehen explizit in den Osten. Ich denke zum Beispiel an Intel. Es gibt eine riesige Expertise von Menschen, die dort in der Industrie und natürlich auch in der Kohleregion gearbeitet haben, auf die wir jetzt aufbauen können. Das heißt, gerade für den Osten hat eigentlich das Thema klimaneutraler Wohlstand riesige Chancen, und die sollten wir nach vorne stellen und nicht so viel darüber reden, ihr müsst jetzt aber wegen der Wissenschaft oder wegen des Klimas.

Geuther: Ist das Selbstkritik?

Lang: Ist es was?

Geuther: Selbstkritik.

Lang: Wahrscheinlich auch ein bisschen, ja. Also, ich glaube, dass wir diesen Ansatz haben als Grüne, das ist nichts Neues. Das habe ich jetzt nicht erfunden. Dass das offensichtlich außen noch nicht so ankommt, das ist ja auch eine Realität, die wir nicht weg reden können.

Geuther: Zum Abschluss ein Jubiläum. Die grüne Fraktion hat gerade ihren 40. Geburtstag gefeiert. Sie ist damit älter als damals vor 40 Jahren die Unionsfraktion war. Kurze Frage zum Schluss. Für Sie war das damals alt. Nehmen Sie den Vergleich an?

Lang: Dass wir jetzt alt sind als Grüne?

Geuther: Den Vergleich mit der damals sehr etablierten Unionsfraktion.

Lang: Och, ich würde sagen, dass wir aus der Mitte der Gesellschaft heraus Politik machen. Ich hoffe aber, etwas weniger zukunftsvergessen als die Union es vielleicht auch schon damals war, es zumindest heute ist.

Geuther: Mit Blick auf die Zeit lassen wir das einfach mal so stehen. Frau Lang, vielen Dank für das Gespräch.

Lang: Ich danke Ihnen.